

Von: "Richard Pitterle" <richard.pitterle@linke-bb.de>

An: Richard.Deckard@gmx.de

Kopie:

Betreff: Re: Wähler-Anfrage

Datum: 17.07.2009 14:09:15

Sehr geehrter Herr Deckard,

vielen Dank für Ihre Zuschrift.

Zu Ihrer Frage 1:

Ich nehme für mich nicht in Anspruch für alles ein Patentrezept zu haben, wir haben als Die Linke jedoch folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1.
Die LINKE fordert ein staatliches Zukunftsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro pro Jahr zur Bekämpfung der Krise. Die Schwerpunkte sind Klimaschutz, Infrastruktur, Verkehr, Bildung und Gesundheit. Mehr als zwei Millionen zusätzliche, tariflich bezahlte Arbeitsplätze werden so geschaffen. Davon allein eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst für Erziehung und Bildung, Pflege und Gesundheit und weitere wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge. Zusätzlich fordert die LINKE den Ausbau der öffentlich geförderten Arbeit um 500.000 längerfristig angelegte Arbeitsplätze mit existenzsichernden Einkommen in wichtigen gesellschaftlichen Bedarfsbereichen.
2.
Für die zukunftsfähige, sozial-ökologische Entwicklung industrieller Arbeitsplätze wird ein Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro eingerichtet. Er unterstützt Unternehmen bei der Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Qualitätsprodukte. Die Gelder werden nur als Beteiligungen, verbunden mit einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und Gewerkschaften auf die Geschäftspolitik, vergeben. Die demokratische Kontrolle über die Beteiligungen erfolgt durch Gremien aus Vertretern der öffentlichen Hand, Betriebsräten und Gewerkschaften sowie Umwelt- und Sozialverbänden, Handels- und Handwerkskammern sowie Sparkassen. Öffentliche Eigentumsrechte sind zu nutzen, um die Kriterien der Unternehmensführung zu verändern: Die heutige Renditefixierung, die ausschließlich den Eigentümern bzw. Aktionären nützt, muss abgelöst werden durch ein Wirtschaften, das den Unternehmenserfolg am langfristigen Wachstum sowie an den Interessen von Beschäftigten und Allgemeinheit misst.
3.
Notwendig dafür sind verstärkte Mitspracherechte der Belegschaften. In allen Betrieben ab 500 Beschäftigten ist die paritätische Mitbestimmung einzuführen. Es ist ein Aufsichtsrat zu bilden, der sich zu gleichen Teilen aus Vertreterinnen und Vertretern der Anteilseigner und der Beschäftigten zusammensetzt ohne ein Doppelstimmrecht. Wesentliche Entscheidungen des Unternehmens bedürfen zwingend der Zustimmung dieses Aufsichtsrates. Bei Entscheidungen von erheblicher Bedeutung für die Belegschaft ist vor der Aufsichtsratsentscheidung eine Belegschaftsabstimmung durchzuführen. Betriebs- und Personalräte erhalten erzwingbare Mitbestimmungsrechte bei Beschäftigungssicherung, Interessensausgleich und wirtschaftlichen Angelegenheiten.
4.
Wichtig ist schließlich eine Vergütung der Führungskräfte, die nicht an die Erfüllung kurzfristiger Renditeziele, sondern an die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung im Unternehmen sowie die ökologische Nachhaltigkeit der Produkte gekoppelt ist. Aktienoptionen als Vergütungsbestandteil sind zu verbieten.
5.
DIE LINKE will die Verkürzung der Arbeitszeit. Arbeitslosigkeit soll durch eine gerechtere Verteilung der Arbeit vermindert, Familie und Beruf für Männer wie Frauen besser vereinbar werden. Durch die Reform des Arbeitszeitgesetzes soll die höchstzulässige durchschnittliche Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt werden. Perspektivisch streben wir eine Obergrenze von 35 Stunden, ja letztlich 30 Stunden an. Dabei muss der volle Lohnausgleich gesichert werden. Mithilfe von rechtlich erzwingbaren Personal- und Stellenplänen sollen Betriebs- und Personalräte sicherstellen, dass die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu deutlich mehr Beschäftigung führt und der Leistungsdruck verringert wird.
6.
Wir brauchen eine zeitlich befristete Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I auf 24 Monate für alle Anspruchsberechtigten. Sonst rauschen im nächsten Jahr Millionen in die Armut, wenn der Jobmarkt kollabiert. Das muss so schnell wie möglich umgesetzt werden. Wenn an einem Wochenende eine halbe Billion für die Banken locker gemacht wurde, muss es möglich sein, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung mehr soziale Sicherheit für Arbeitslose zu schaffen.

Wir haben auch Vorstellungen darüber, wie wir das Konjunkturprogramm finanzieren wollen. Aber danach haben Sie nicht gefragt, daher will ich es dabei zu belassen, zu erwähnen, dass wir der Meinung sind, dass die Nutzniesser des Kasinos, die Kosten tragen sollten.

Zur Frage II:

Als ich vor einigen Wochen in der Zeitung las, daß der FDP-Abgeordnete Toncar für diese "kleine" Lösung warb, da ahnte ich schon, dass es das ist worauf sich die Verantwortlichen geeinigt haben. So wird doch Politik vorbereitet. Es wird in die Medien arbeitsteilig eine Meldung gestreut und dann schaut man, wie die Reaktionen darauf sind. Die beiden OBs konnten das Ergebnis nicht verkünden, weil Kommunalwahlen anstanden. Also hat man es MdB Toncar überlassen. Sie haben vollkommen Recht, dass das Ergebnis nicht zufrieden stellt. Wir haben als Linke in unserem Kommunalwahlprogramm die Forderung der Bürgerinitiative unterstützt. Als gewählter Stadtrat in Sindelfingen und vielleicht als künftiger Bundestagsabgeordneter werde ich mich weiter für ein große Lösung einsetzen. Aber es ist nicht zu verkennen, dass die Parteien, die die Landesregierung und Bundesregierung stellen, auch bei der Kommunalwahl die Mehrheit bekommen haben. Auch der FDP hat die Ankündigung der "kleinen" Lösung durch MdB Toncar bei den Wahlberechtigten auf dem Goldberg nicht geschadet. Das sind doch die Signale, die wahrgenommen werden. In Stuttgart war es anders. Dort wurden die Parteien, die gegen Stuttgart 21 sind belohnt und die anderen abgestraft. Warum erfolgte es nicht in Sindelfingen. Die Freien Wähler warben in Sindelfingen bei der Kommunalwahl mit dem Motto: "Sie wählen, wir machen". Das entspricht dem genauen Gegenteil von meinem Politikverständnis. Meine Erfahrung ist, dass sich ohne einen außerparlamentarischen starken Druck in der Politik nichts bewegt. Daher würde ich Ihnen empfehlen, falls Sie noch nicht aktiv in der Bürgerinitiative A81 sind, sich dort einzubringen. Verlangen Sie dass sich die Kandidaten zur Bundestagswahl für die große Lösung einsetzen. Und wenn es Ihnen wichtig ist, machen Sie es zum Kriterium für die Wahlentscheidung. Meine Unterstützung haben Sie.

Mit freundlichen Grüßen
Richard Pitterle

Von: "Edmund Langner" <ELangner@gmx.de>

Gesendet: 14.07.09 16:57:44

An: post@linke-bb.de

Betreff: Wähler-Anfrage

Sehr geehrter Herr Pitterle,

als Bürger des Landkreises Böblingen wende ich mich mit zwei Fragen an Sie. Ein zentrales Thema bei der Bundestagswahl 2009 ist für mich die Finanzkrise und die damit einhergehenden Horrorszenarien - speziell für mich als Daimler-Angestellter.

1. Wie wollen Sie bzw Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese Wirtschaftskrise sich nicht weiter ausweitet und was wollen Sie tun, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.
2. Heute entnehme ich aus der Presse, dass die beiden Oberbürgermeister Vöhringer und Vogelgsang bei der A 81 der "kleinen Lösung", also einem nur 850 Meter, statt anderthalb Kilometer langem Deckel zugestimmt haben. Für mich als Anrainer ist dies zu wenig. Welche Unterstützung kann ich von Ihnen in dieser Sache erwarten.

Mit freundlichen Grüßen

Richard Deckard
Sindelfingen